



# Käufliche Liebe die Frau als Ware

Menschenhandel und Zwangsprostitution

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Bremischen Bürgerschaft

# Inhalt

<b>Vorwort von Monique Troedel</b> .....	4
<b>Wie es ist</b> .....	6
<b>Erinnerungen</b> .....	8
<b>Freiwillig oder doch Zwang</b> .....	10
<b>Im Gesundheitsamt</b> .....	11
<b>Das Trauma der Zwangsprostitution</b> .....	13
<b>Bei der Kripo</b> .....	16
<b>Bei BBMez</b> .....	18
<b>Nitribitt</b> .....	20
<b>Rechtliches</b> .....	22
<b>Die Frau als Ware</b> .....	24
<b>Interview mit Ulrike Hauffe von der ZGF</b> .....	26
<b>Wirtschaftsfaktor Prostitution</b> .....	28
<b>In den Heimatländern</b> .....	29
<b>De Colores</b> .....	31
<b>Leben in der Illegalität</b> .....	32
<b>Ein Brief</b> .....	34
<b>Interview mit Thea Kleinert</b> .....	36
<b>Workshops</b> .....	38
<b>Initiativen der LINKEN</b> .....	39
<b>Forderungen der LINKEN</b> .....	40
<b>Danksagung</b> .....	41
<b>Wichtige Adressen</b> .....	42
<b>Impressum</b> .....	43



Quelle: linksfraktion-bremen.de

## Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Mit dieser Broschüre zum Thema „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ unternehmen wir den Versuch, uns einem sehr sensiblen Thema auf einer sehr persönlichen Ebene zu widmen. Wir

möchten der breiten Öffentlichkeit Einblick in Bereiche unserer Gesellschaft geben, die sonst verschlossen sind, das aber nicht in voyeuristischer Manier, sondern aufklärend und sensibilisierend.

Wir möchten Vorurteilen entgegen wirken und allen Menschen damit die Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglichen, verbunden mit der Absicht, denen, die in solcher Notlage sind, auf politischer Ebene Hilfestellung zu geben.

Wir möchten einen möglichst weit gefassten Einblick geben, und so kommen Betroffene zu Wort und Mitarbeiter von Institutionen und Organisationen, die mit dem Thema in unterschiedlicher Weise befasst sind. Manches werden Sie immer wieder lesen, manches wird Ihnen unfassbar vorkommen – und doch ist auch das hier Beschriebene ein Teil unserer Gesellschaft. Denn Frauen, die zur Sexarbeit gezwungen werden, leben mitten unter uns, oft in unserer Nachbarschaft. Wir, die Fraktion DIE LINKE, wollen nicht mehr wegschauen, sondern im Gegenteil, das Thema Zwangsprostitution und Menschenhandel in die Öffentlichkeit bringen.

Wir möchten aber auch klarstellen, dass es hier nicht um die Frauen geht, die sich freiwillig für Sexarbeit entschieden haben. Mit dieser Broschüre wollen wir nicht den moralischen Zeigefinger erheben, sondern ganz klar auch unsere Hochachtung vor jenen Frauen zum Ausdruck bringen, die frei und selbstbestimmt dem ältesten Gewerbe der Welt nachgehen. Im Gegenteil, wir setzen uns für die rechtliche Gleichstellung der Sexarbeiterinnen mit anderen Erwerbstätigen ein.

Die Bandbreite in der Frauen zur Sexarbeit gezwungen werden ist groß, den klassischen Fall gibt es nicht. Die einen werden gefangen gehalten und nicht viel besser als Tiere gehalten, die anderen können mit dieser Arbeit nicht aufhören, weil sie keine Perspektive haben und anders ihre Kinder in der Heimat nicht versorgen können. Alles kann in dieser Broschüre sicher nicht dargestellt werden, mehr als ein Stimmungsbild können und wollen wir mit dieser Schrift nicht liefern. Aber wir hoffen, eine kleinen Einblick in dieses düstere Kapitel unseres deutschen Alltags geben zu können und Sie am Ende für das Thema sensibilisiert zu haben. Denn nur dann, wenn keiner und keine mehr wegschaut, können wir wirklich etwas für die Befreiung dieser Frauen tun.

Es war uns nicht möglich, alle Organisationen vorzustellen, die sich um Zwangsprostituierte bemühen und ihnen helfen wollen. Auch denen, die hier nicht genannt sind, gebührt unsere Anerkennung und Respekt, wie überhaupt allen Menschen, die in diesem Bereich arbeiten – und den

Anblick dieser Not täglich ertragen müssen und sich oft genug auch den Repressalien der Täter ausgesetzt sehen. Aber diese Broschüre darf nicht das Ende unseres Engagements gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution sein, sondern nur den Anfang machen. Was wir hier nicht geschafft haben darzustellen; Aspekte, die hier zu kurz gekommen sind; Menschen, die hier vielleicht nicht zu Wort gekommen sind, werden wir in einer weiteren Publikation zu diesem Thema Raum geben.

Wir, die Fraktion DIE LINKE, wollen und dürfen nicht tatenlos zusehen wie Frauen unter menschenunwürdigen Bedingungen hausen, täglich gedemütigt, vergewaltigt und geschlagen werden. Es ist unsere Pflicht als Mitglieder einer sich solidarisch nennenden Partei, alle in diese Solidarität einzubeziehen und ganz besonders für jene Menschen da zu sein, die am Rande leben und keine Lobby haben.

Gesetze sind nicht das Allheilmittel, die Lage der so unfassbar ausgebeuteten Frauen zu bessern, aber sie bilden eine Grundlage dafür. Es ist an uns PolitikerInnen dafür zu kämpfen, dass diese Grundlage geschaffen wird. Und das durchaus auch parteiübergreifend.

Wenn wir die Zwangsprostitution und den Menschenhandel wirkungsvoll bekämpfen wollen, dann müssen wir zunächst die nötigen finanziellen Mittel dafür bereit stellen, das betrifft die Polizei, das Gesundheitsamt genauso wie BBMeZ (Betreuung von Betroffenen von Zwangsprostitution und Menschenhandel des Vereins der Inneren Mission). Aber auch aller anderen Träger von Hilfsorganisationen. Es müssen feste Stellen geschaffen werden, um den Frauen kontinuierlich helfen zu können.

Gesetze müssen bundeseinheitlich so gestaltet sein, dass es der Polizei möglich ist im Bedarfsfall zu handeln. Die Täter müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Frauen brauchen unsere Fürsorge, sie müssen langfristig betreut werden und Hilfe bei der Suche nach einer Lebensperspektive erhalten, ebenso wie Unterstützung im Alltag, aber auch eine intensive psychotherapeutische Behandlung. Sie sind hier, in unserer Gesellschaft zur entwürdigenden Sexarbeit gezwungen worden, dann ist es das Mindeste, dass wir die Verantwortung dafür übernehmen, dass sie zumindest eine Chance haben, wieder ein „normales“ Leben in Würde zu führen. Das beinhaltet auch, dass den Frauen die Chance gegeben werden muss in Deutschland zu bleiben, wenn sie das wünschen, denn eine Rückkehr in die Heimatländer ist oft nicht möglich. Aufenthalts- und Bleiberecht müssen also demgemäß verändert werden.

Aber wir müssen uns auch dafür stark machen, dass die Situation in den Heimatländern der Frauen verändert wird, denn sie kommen, weil die wirtschaftliche Not sie dazu zwingt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass wir Menschen wie eine Ware betrachten und behandeln und unser Menschenbild einem Zahlenspiel von Wirtschaftsfaktoren gleicht. Aber genau das sind diese Frauen – ein Wirtschaftsfaktor, denn mit ihnen wird sehr viel Geld verdient.

**Monique Troedel**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, in der Bremischen Bürgerschaft

Bremen, im Dezember 2010

## Wie es ist

**Prostitution an sich ist nicht verboten, wohl aber Menschen zur Sexarbeit zu zwingen. Zwangsprostitution ist vielfach Teil organisierter Kriminalität, bei der es um sehr viel Geld geht. Zurzeit wird der „Markt“ von den Hells Angels und bulgarischen Schleppern und Zuhältern beherrscht.**

Die Opfer, also die Frauen, kommen derzeit überwiegend aus Osteuropa, acht Prozent davon sind gar minderjährig. Sie werden innerhalb der Bundesrepublik „verschoben“, das heißt, die Frauen wechseln in mehr oder weniger beliebigen Abständen die Stadt.

Die Situation in Bremen und Bremerhaven ist unterschiedlich, in der Kernproblematik aber gleich. So gibt es in Bremerhaven rund 150 Prostituierte in 15 Bordellen und 15 bordellähnlichen Betrieben. Zudem sind 30 Wohnungen, in denen Prostituierte arbeiten, über das gesamte Stadtgebiet verteilt.

In Bremen dagegen arbeiten circa 800 bis 1000 Prostituierte, davon haben weit über die Hälfte einen Migrationshintergrund. 110 Frauen arbeiten in Bordellen oder Bars, circa 50 in der Helenenstraße, 30 auf dem Drogenstrich in der Humboldtstraße und weitere 30 auf dem Straßenstrich in der Cuxhavener Straße, an die 500 Prostituierte arbeiten in sogenannten Modellwohnungen und noch einmal circa 100 an wie auch immer gearteten anderen Orten.

Nicht alle Prostituierten arbeiten unter

Zwang. Die Grenze zwischen Zwangsprostitution und freiwilliger und selbstbestimmter Sexarbeit ist nicht immer eindeutig zu ziehen. Genauere Zahlen sind nicht zu ermitteln.

Derzeit sind es in der Hauptsache Frauen der Sinti und Roma aus Bulgarien, die hier zur Sexarbeit gezwungen werden, was nicht heißt, dass Sinti und Roma generell die Zwangsprostitution unterstützen. Das Gegenteil ist der Fall. Die zur Sexarbeit gezwungenen Frauen sind oft sehr jung, teilweise noch minderjährig. Ihre körperliche Konstitution ist mehrheitlich sehr schlecht, behandlungsbedürftige Krankheiten sind an der Tagesordnung. Sie kommen immer in der Begleitung von Männern nach Deutschland. Die Frauen sind in der Regel Analphabetinnen und sprechen kaum Deutsch, was ihre Hilflosigkeit und Orientierungslosigkeit steigert.

Die Kindheitserfahrungen dieser jungen Frauen sind geprägt von sexueller Gewalt und Missbrauch. Sie haben schon in frühester Kindheit gelernt, dass Frauen sich den Wünschen der Männer zu beugen haben, Widerspruch wird nicht geduldet, geschweige denn eigene Bedürfnisse. In die Prostitution werden sie oft durch die eigene Familie gebracht, die darin einen legitimen Beitrag zum wirtschaftlichen Erhalt des Clans sieht. Missbrauch und Gewalt werden von ihnen als „normal“ erlebt. Dass ein Leben auch anders aussehen kann, wird nicht in Betracht gezogen, ist nie gelernt worden.

Zum Teil sind die Verhältnisse, unter denen die Frauen hier leben müssen, als



Fotograf: Michael Horn

menschenverachtend im doppelten Sinne anzusehen. Nicht nur, dass sie zur für sie entwürdigenden Sexarbeit gezwungen werden, obendrein ist oft nicht einmal eine ausreichende Ernährung sichergestellt. Das Geld, das sie von den Freiern bekommen, wird ihnen zur Gänze abgenommen. Die Wohnungen dürfen die Frauen oft nur unter Aufsicht der Zuhälter verlassen. Das Zimmer müssen sich oft mehrere Frauen teilen. Durch die weitgehende Isolierung erfahren die Zwangsprostituierten nicht, dass die Rechtslage hier ihnen durchaus Rechte zugesteht. Sie wüssten zunächst einmal auch gar nicht, wie sie diese einfordern könnten.

Die Identität der einzelnen Frau festzustellen ist oft schwierig, da sie zum Beispiel im Internet oder in Anzeigen unter einem Pseudonym „angeboten“ werden.

Polizisten werden aufgrund von Erfahrungen im Heimatland oft als bedrohlich empfunden. Vertrauen aufzubauen fällt damit besonders schwer. Andererseits bleibt nach wie vor offen, wie und wo die

Frauen leben, sollten sie sich doch dazu entschließen, gegen ihre Zuhälter vor Gericht auszusagen. Die unzureichende Bleiberechtsregelung vermindert die Aussagebereitschaft weiter. Dabei sind es gerade die betroffenen Frauen, die über die Umstände der Zwangsprostitution authentisch berichten können.

Dennoch werden immerhin 43 Prozent der Anzeigen von den Opfern gemacht, aber nur 20 Prozent durch die Freier. Im Jahre 2008 wurden insgesamt 18 Fälle von Menschenhandel angezeigt.

**Quelle:** Informationsveranstaltung für die Innendeputation am 3. Februar 2009

### Monique Troedel dazu:

*Es kann nur angeboten werden, was auch nachgefragt wird. Ist es angesichts dieser Zahlen nicht angebracht, endlich einmal die Frage nach dem Bild der Frau zu stellen, dass immer noch in den meisten Köpfen der Männer herrscht?*

# Erinnerungen

**Anna<sup>1</sup> mag kein Interview geben, aber sie hat mir erlaubt, meine Erinnerungen an sie niederzuschreiben, ergänzt durch die Akten, die über sie angelegt wurden.**

Es ist circa zehn Jahre her, dass Anna und ich uns im Frauenvollzug der JVA kennenlernten. Sie war des Totschlags an ihrem Mann angeklagt, ein Mann der auch ihr Zuhälter war. Betrunken hatte sie ihn im Streit getötet. Bevor es soweit kam, hatte Anna viel erlebt.

Als Tochter eines Arztes wurde sie Mitte der siebziger Jahre in Polen geboren. Ihre Kindheit mit Eltern und einem jüngeren Bruder beschreibt sie als normal, auch wenn sie als junges Mädchen unter Bulimie litt, deswegen sogar stationär behandelt wurde. Wahrscheinlich hätte sie damals schon in eine therapeutische Behandlung gemusst. Aber sie besuchte das Gymnasium, belegte das Leistungsfach Deutsch und machte Abitur. Weil sie schwanger war, heiratete sie

gleich nachdem sie die Schule beendet hatte, begann aber dennoch ein Studium der Zahnmedizin, wohl ganz im Sinne der katholischen Familie. Tatsächlich lebte sie für kurze Zeit das Ideal der Kleinfamilie, war aber schon bald mit Kind und Studium überfordert und ging zu einem früheren Freund. Der Ehemann reagierte eifersüchtig, es kam zur Scheidung.

Die Tochter war damals gerade ein Jahr alt. Das kleine Mädchen wurde zu den Eltern von Anna gegeben, die es bis heute aufziehen. Anna meinte ihre Jugend nachholen zu müssen und lernte Menschen, auch Männer kennen, die ihr nicht guttaten, so auch einen, der ihr in Deutschland ein besseres und freieres Leben versprach, denn sie wollte dem Druck der Eltern endlich entfliehen. Womit genau sie hier denn ihren Lebensunterhalt bestreiten sollte, blieb diffus im Raum hängen. Anna fragte auch nicht weiter nach. Sie schmiss endgültig das Studium und ging mit dem Mann nach Deutschland.

Hier lernte sie durch die Vermittlung des Schleppers ihren späteren Ehemann kennen. Man kann auch sagen, sie wurde ihm zugeführt, er hat sie dem Menschenhändler abgekauft. Nichts anderes war der Mann, der sie hierher brachte. Aber Anna glaubte an die ganz große Liebe und daran, dass der Mann nur momentan etwas knapp bei Kasse sei. Für ihn ging sie anschaffen. Wie er sie dazu gebracht hat, mag sie nicht erzählen. Es sollte ja auch nur vorübergehend sein. Wenn die Lage besser sei, dann würde sie in seinem Büro arbeiten, versprach er ihr. Unklar bleibt auch, was für ein Büro er hat oder wovon er lebt, wenn er keine Frauen anschaffen schickt. Anna hat das nicht hinterfragt.

Dass es da auch noch eine langjährige Lebensgefährtin gab, die ebenfalls seit Jahren auf dem Strich arbeitete, wollte Anna nicht sehen. Wegen geringfügiger Delikte wurde Anna schon wenig später wieder nach Polen abgeschoben, die EU war damals noch nicht so offen wie heute.

Aber die hübsche Anna war offensichtlich ein wertvolles Gut, vielleicht auch obendrein wertvoll wegen ihrer guten Deutschkenntnisse. Jedenfalls reiste ihr der Zuhälter nach, heiratete sie und brachte sie zurück nach Deutschland. Jetzt durfte Anna hier sein. Sie hielt das für einen Liebesbeweis. Die deutsche Lebensgefährtin war immer noch da, aber offensichtlich einverstanden mit der Ehe. Anna und sie gingen weiter anschaffen, immer öfter mit einem kräftigen Schluck Hochprozentigem vorweg, wie sonst hätte sie es auch ertragen sollen? Wie die Realität mit den Träumen von Liebe und Glück vereinbaren können? Zwischendurch gab es Prügel, Freunde brachten sie ins Krankenhaus, ihn kümmerte das wenig. Die Streitereien wurden mehr. Aber wo

sollte Anna hin? Die Eltern in Polen sollten nicht wissen, wie und wovon sie hier lebte. Ein Leben ohne Mann konnte sie sich nicht vorstellen. Frauen existieren für sie immer nur in an der Seite eines Mannes. Und immer noch glaubte sie daran, dass das alles ja nur übergangsweise sei. Die Zeiten würden sich schon bessern.

Das wurden sie in gewisser Weise auch, denn mittlerweile durfte Anna neue Mädchen und Frauen aus Polen und wohl auch anderen Ländern anlernen. Darauf ist sie bis heute stolz. „Ich war eben besser als die“, meint sie und durchschaut nicht das perfide Spiel.

Wenn er gar zu brutal war und sie wieder schlug, haute sie auch schon mal ab und ging zu anderen Männern, oft Freier, zu denen sie eine Beziehung aufgebaut hatte. Einige von denen wollten sie sogar „befreien“, aber stets tauchte nach wenigen Tagen ihr Mann und Zuhälter auf und holte sie zurück. Sie sei schön und er könne ohne sie nicht leben und irgendwann werde doch alles besser, so die ewigen Versprechungen.

Schön zu sein war ihr immer wichtig und gehört zu ihrem Selbstverständnis. Trotz all der Versprechungen eskalierte die Situation irgendwann, wohl auch weil mal wieder zu viel Alkohol im Spiel war. Sie tötete ihren Mann im Affekt.

Nach der Haft verschwand Anna in der Illegalität, obwohl sie ein Einreiseverbot hat, zurück nach Polen traut sie sich noch immer nicht, hat Angst vor einer neuen Abhängigkeit von den Eltern und davor, eingestehen zu müssen, nach all den Jahren mit leeren Händen heimzukommen. Hinzu kommt die Scham über das vergangene Leben.



Fotografin: Sabine Borneier

<sup>1</sup> Name von der Redaktion geändert

## Freiwillig oder doch Zwang?

**„Wissen diese Frauen denn wirklich nicht, worauf sie sich hier einlassen? Die machen das doch irgendwie auch freiwillig“ - so die vielfache Meinung, wenn es um Zwangsprostitution geht. Aber was bedeutet denn „Zwang“, was meint „freiwillig“?**

Es gibt keine allgemeingültige Definition dieser Begriffe. Juristen, Philosophen, Psychologen – sie alle verstehen etwas anderes darunter.

Georg Friedrich Wilhelm Hegel meinte, Freiheit sei die Einsicht in die Notwendigkeit. Karl Marx und Friedrich Engels dagegen haben mehrfach betont, dass die Freiheit dort beginnt, wo die Notwendigkeit endet. Notwendigkeit aber führt zu Gehorsam. Bürgerliche und Sozialisten scheinen uneins zu sein.

**Sexarbeiterinnen aber spüren wenig Freiheit, dafür umso mehr Notwendigkeit. Der Gehorsam ist dann selbstverständlich.**

Von Menschenhandel spricht das Gesetz, wenn jemand zu seiner persönlichen Bereicherung auf eine Person in einer Zwangslage (zum Beispiel Geldnot) dahingehend einwirkt, dass diese Person der Prostitution zum Vorteil des Schädigers nachgeht (§ 180b Absatz 1 Satz 1 StGB).

Mögen die einen wirklich naiv auf falsche Versprechungen hereingefallen sein, andere folgen einer Notwendigkeit aus der es vordergründig zunächst kein Entkommen für sie gibt. Die Familie will unterstützt werden, der Onkel droht mit Gewalt, das Geld

für die Rückreise in die Heimat ist nicht vorhanden und und und ...

Wieder anderen Frauen kommt es gar nicht in den Sinn, dass sie eine Alternative haben oder hätten. Es liegt vielleicht in der jeweiligen Kultur der Frau, dass sie meint, sich dem Willen des Mannes bedingungslos unterordnen zu müssen. Sie haben nie etwas anderes kennengelernt. Woher sollen sie wissen, dass hier unter Strafe steht, was zu Hause normal erscheint? Aber allein der Umstand, dass nicht widersprochen wird, bedeutet längst noch keine Zustimmung.

Wer sich frei entscheiden will, der muss auch die Möglichkeit einer Alternative haben, im Kopf aber auch ganz praktisch im Alltag. Das heißt, es müssen Lebensperspektiven denkbar sein, die ein entschiedenes NEIN zu einem Leben in der Prostitution möglich machen. Und diese Perspektiven müssen in den Köpfen der Frauen sein, ihnen bekannt sein oder bekannt gemacht werden. Dafür die Verantwortung zu übernehmen, sollte unser aller Anliegen sein.

## Im Gesundheitsamt

**„Streetworking ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit“**, sagt Susanne Coors. Die 50-jährige Sozialarbeiterin beim Gesundheitsamt betreut nunmehr seit elf Jahren Sexarbeiterinnen, seit neuestem gemeinsam mit ihrer 38-jährigen Kollegin Stephanie Bergmiller. „Wir besuchen die Frauen in den Apartments, werben um ihr Vertrauen und werden meisten auch hereingelassen, denn auch die Zuhälter wollen ja, dass die Frauen gesund sind. Das liegt schließlich in ihrem Geschäftsinteresse“, beschreibt die sensible Sozialarbeiterin ihre tägliche Arbeit.

Ob sie bei ihren Besuchen auf zur Prostitution gezwungene Frauen stoßen, müssen die Sozialarbeiterinnen vor Ort abchecken. „Wie ist die Stimmung? Dürfen die Frauen reden? Es sind oft auch Kleinigkeiten, auf die wir achten. Mit der Zeit bekommt man ein Gespür dafür. Man spürt die Trauer“, erzählt Susanne Coors. So ist es zum Beispiel einigen nicht möglich den Sozialarbeiterinnen in die Augen zu schauen oder sie haben eine extreme Angst vor körperlichen Berührungen, denn um die täglichen Vergewaltigungen auszuhalten, spalten viele Geist und Körper voneinander ab. Dass das



Fotografier: Sabine Borneier

nicht lange gutgehen kann und zu schweren seelischen Verletzungen führt, liegt auf der Hand.

Susanne Coors und Stephanie Bergmiller wollen und dürfen die Frauen nicht in Gefahr bringen und so versuchen sie, die Frauen in die Räume des Amtes zu lotsen. Dort lässt sich auch ohne Beisein der Zuhälter reden.

Das Gesundheitsamt bietet die Möglichkeit, sich auf Aids oder andere sexuell übertragbare Krankheiten untersuchen zu lassen, auch wenn keine Krankenversicherung vorliegt. Die Mitarbeiter beraten, wenn es zu Schwangerschaften kommt und weisen stets aufs Neue darauf hin, wie wichtig es ist, Kondome zu benutzen. Gerade ungewollte Schwangerschaften bereiten immer wieder Probleme. Einerseits ist es für viele Frauen nur schwer vorstellbar einen Abort durchzuführen aber das Kind eines Freies auszutragen ist ebenso wenig auszuhalten. Mit einfühlsamen Gesprächen versuchen die Sozialarbeiterinnen einen akzeptablen Weg zu finden. Keine leichte Aufgabe!

Da viele Frauen aber gar nicht wissen, dass es dieses Angebot gibt, gehen die MitarbeiterInnen des Gesundheitsamtes eben zu ihnen. Allein im Jahre 2009 wurden 563 Besuche durchgeführt. Die Zahlen schließen allerdings auch jene Frauen mit ein, die nicht unter offensichtlichem Zwang der Prostitution nachgehen.

„Wir versuchen, wenn nötig, immer eine entsprechende Dolmetscherin hinzuzuziehen, denn viele der Zwangsprostituierten sprechen gar nicht oder nur schlecht Deutsch“, sagt Susanne Coors. Fast 80 Prozent der kontaktierten Frauen haben einen Migrationshintergrund, besonders häufig kommen derzeit Osteuropäerinnen zur Sexarbeit nach Deutschland. Mit den Frauen

zu reden ist den beiden Sozialarbeiterinnen ganz wichtig. „Wir müssen herausfinden, was die Frauen wirklich wollen“, meint sie weiter. Denn nicht jede zunächst zur Prostitution gezwungene Frau möchte auch tatsächlich sofort damit aufhören. „Manchmal ist die Prostitution die einzige Möglichkeit die Familie in der Heimat zu unterstützen“, erklärt Susanne Coors das. Hinzu kommt die Scham, wenn zu Hause niemand weiß, womit hier das Geld verdient wird.

Aber auch wenn niemand unterstützt werden muss, ist der Ausstieg aus der Prostitution nicht immer einfach. „Die Frauen haben doch hauptsächlich Kontakte im Milieu und sich außerhalb dieser Subkultur etwas aufzubauen fällt nicht jeder leicht. Viele wagen deshalb auch nur den stufenweisen Ausstieg. Wir helfen dabei und versuchen gemeinsam mit den Frauen eine lebbarere Alternative aufzubauen“, beschreibt Susanne Coors einen weiteren Teil ihrer Arbeit.

Sie wünscht sich ein stärkeres Hilfsnetzwerk für die Frauen, dass das Thema in der Öffentlichkeit enttabuisiert wird und wir endlich wegkommen von der Doppelmoral in unserer Gesellschaft, die einerseits Prostitution verdammt, andererseits aber die Dienste der Frauen ständig in Anspruch nimmt.

### Monique Troedel dazu:

*Es sind immer wieder die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die Verantwortung für andere, die Frauen zwingen eine Arbeit zu tun, die sie nicht wollen, sondern in diesem Fall sogar verabscheuen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass es möglich wird, Verantwortung zu teilen und so auch Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können.*

## Das Trauma der Zwangsprostitution

**Edelgart Quensel ist Diplompsychologin und hat jahrelang mit Frauen in besonderen Lebenslagen gearbeitet, unter anderem in der JVA Bremen. Dort ist sie in verschiedenen Zusammenhängen auch mit Zwangsprostituierten zusammen gekommen und hat diese therapeutisch begleitet, sofern die Umstände in der JVA, das heißt, auch die Haftdauer der Frauen das zuließ. Viele der Frauen, mit denen sie arbeitete waren traumatisiert.**

**Frage:** Was ist ein Trauma?

**Antwort:** In der Medizin ist jede Verletzung ein Trauma. Gemeint ist hier aber ein überwältigendes Ereignis, oft begründet durch Erfahrung von Gewalt und Angst um das eigene Leben. In der Regel sind Menschen mit der Bewältigung eines Traumas so überfordert, dass eine wie auch immer geartete Überlebensstrategie einsetzt. Typisch ist auch ein Gefühl der Ohnmacht, der absoluten Hilflosigkeit und des Ausgeliefertseins. Folge eines Traumas kann eine psychische Erkrankung sein.

**Frage:** Wie ist es, sich von Männern anfassen lassen zu müssen, die man unter Umständen sogar verabscheut?

**Antwort:** Das ist der Unterschied zur freien Hure. Die ist mächtig und herrscht über den Mann. Traumatisch wird es, wenn sich das umkehrt, wenn der Freier gewaltsam über die Frau herrscht, sie dieser Gewalt nicht ausweichen kann, sondern mehr oder weniger still erdulden muss. Das ist Vergewaltigung.

**Frage:** Was genau macht die erzwungene Sexarbeit so verletzend?

**Antwort:** Es sind die falschen Versprechungen unter denen die Frauen zum Sex gezwungen werden. Sie werden zu Dingen gezwungen, die nicht mit dem übereinstimmen, was sie für sich wollen. Sie müssen ihren Körper benutzen lassen, das verletzt die Seele. Das kann dazu führen, dass sie den Körper vom Ich abspalten und ihn nicht mehr wahrnehmen. Oder in anderen Fällen führt das zu selbstverletzendem Verhalten, die Frauen ritzen sich zum Beispiel die Arme auf. Nur so meinen sie noch Macht über den eigenen Körper zu haben oder diese zurück zu erlangen.

**Frage:** Was sind das für Frauen? Gibt es Gemeinsamkeiten.

**Antwort:** Das lässt sich nicht klassifizieren, aber natürlich bringen alle einen Koffer voller Hoffnungen und Versprechungen mit. Das Schlimme ist, dass die Frauen aus einer Situation echter Not starten. Sie könnten sich natürlich mit der Mangelsituation zu Hause abfinden, aber in der Regel erwarten die Familien materielle Unterstützung. Sie stecken in einem Teufelskreis, sie wollen oder müssen die Familie zu Hause unterstützen, wollen nicht als Gescheiterte zurückkehren und sind zudem Drohungen ausgesetzt.

**Frage:** Müssten die Frauen nicht wissen, worauf sie sich einlassen?

**Antwort:** Es wird ihnen gesagt, diese Arbeit sei nur eine Übergangszeit, weil sie die



Fotografin: Sabine Bomeier

Reisekosten zurück zahlen müssen, andere wieder blenden Warnungen aus, weil sie vielleicht auch gar keine andere Wahl haben. Wieder andere wollen nichts sehen, denn da ist auch die Sehnsucht nach Liebe und Zuwendung. Die Frauen sehnen sich nach einer bürgerlichen, gesicherten Existenz und wollen glauben, dass alle Versprechungen wahr werden.

**Frage:** Was ist, wenn Scham und Angst die Gefühlswelt ständig beeinflusst? Können die Frauen darüber reden?

**Antwort:** An sich müssten diese Frauen therapeutisch begleitet werden, sowohl hier als auch auf dem Weg nach Hause. Es müsste zudem betreute Ausbildungsplätze geben, denn auch eine berufliche Perspektive ist wichtig und außerdem müsste die Wohnsituation geklärt werden.

**Frage:** Suchen die Frauen denn Hilfe?

**Antwort:** Naja, wenn sie sich an deutsche Behörden wenden, droht ihnen oft die

Abschiebung, zumindest wenn sie nicht aus EU-Ländern kommen. Viele trauen sich aber gar nicht mehr zurück, weil die Familien nicht wissen, womit sie hier Geld verdienen, wie sie hier leben. Aber schlimmer noch ist vermutlich, dass sie mit leeren Händen nach Hause kommen. Das wäre das Eingeständnis des völligen Scheiterns. Das ist für jeden nur schwer zu ertragen.

**Frage:** Oft wird ein Zeugenschutzprogramm angeboten. Bis sie vor Gericht gegen die Zuhälter ausgesagt haben, dürfe sie hier bleiben. Aber was bedeutet es, vor Gericht mit diesen Männern konfrontiert und danach abgeschoben zu werden?

**Antwort:** Das ist schlimm, aber oft nehmen die Täter schon vorher Kontakt zu den Frauen auf, um sie umzustimmen. Da wird dann auch mal geheiratet und schon ist die Ausweisung verhindert und die Frauen träumen weiter den Traum von der bürgerlichen Existenz und der großen Liebe.

Oder es wird gedroht, auch mit Gewalt gegen die Familie in der Heimat.

**Frage:** Und die Frauen gehen dann endgültig in die Prostitution?

**Antwort:** Ja, aber sie haben zunächst einmal die Hoffnung auf ein bürgerliches Glück - und werden natürlich bitter enttäuscht.

**Frage:** Was sind es für Männer, die zu Frauen gehen, die nicht freiwillig mit ihnen Sex haben, auch wenn ja viele behaupten, dass sie die Unfreiwilligkeit gar nicht bemerken würden?

**Antwort:** Auf jeden Fall haben sie ansonsten kein befriedigendes Sexualleben, sei es dass sie keine befriedigende Beziehung haben oder Wünsche, die zu erfüllen sie sich in einer „normalen“ Beziehung nicht trauen. Vielleicht sind sie auch einfach nicht beziehungsfähig. Vielleicht haben sie auch Spaß an der offensichtlichen Macht.

Es gibt aber durchaus auch Frauen, die zu Freiern regelrechte Freundschaften auf-

gebaut haben. Aber auch diese Männer geben sich Illusionen hin. Es kann sein, dass die Männer irgendwelche Rettungsphantasien entwickeln und meinen, die Frauen aus der Situation der Prostitution heraus holen zu können. Das hängt durchaus damit zusammen, dass sie sich in dem Fall als Retter fühlen könnten und so ihr eigenes Selbstwertgefühl aufbessern könnten. Aber diese eigene Bedürftigkeit nehmen sie gar nicht wirklich wahr.

**Frage:** Es gibt also Beziehungen zwischen den Prostituierten und den Freiern?

**Antwort:** Die Frauen haben ja oft ein archaisches Selbstverständnis von sexueller Dienstleistung. Sie meinen, dem Manne zu Diensten, zu Willen sein zu müssen und haben keine Vorstellung davon, dass eine Frau durchaus eigene sexuelle Wünsche hat aber eben auch das ganz klare Recht auf ein Nein. Viele Frauen glauben, dem Manne zu Diensten sein zu müssen.

## Bei der Kripo

**Der 52-jährige Gregor Weisner ist verantwortlich für den Fachbereich Prostitution und Menschenhandel Kommissariats 44 in Bremen. Wenn er von seiner Arbeit spricht, wird er nachdenklich, denn darüber zu reden wie Frauen geschlagen und vergewaltigt werden ist nicht leicht.**

Er ist unter anderem für die Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution zuständig. Es sind Frauen, die sich hier ein wirtschaftlich besseres Leben erhofft haben oder auch von der eigenen Familie zum Anschaffen nach Deutschland geschickt wurden. Der Onkel kommt mit und passt auf, manchmal auch noch eine sogenannte Tante, die sich der Frauen hier annimmt. So „gesichert“ kann kaum eine entkommen. Und wozu auch, wenn vielen gar nicht in den Sinn kommt, dass das was mit ihnen geschieht, nicht rechtens ist. Sie können sich oftmals gar nicht vorstellen, dass auch sie Rechte haben, dass sie keine willenslosen Opfer sein müssen.

Leicht ist es nicht das Vertrauen dieser Frauen zu gewinnen. Nicht nur, weil denen manchmal damit gedroht wird, die Familien in den Heimatländern dafür büßen zu lassen, wenn hier mit der Polizei geredet wird, auch weil sie Polizisten nur als korrupt und gewaltbereit kennen. So ist es zu Hause, woher sollen sie wissen, dass es hier anders ist? Hinzu kommen die Sprachschwierigkeiten. Da muss sich zunächst mit Händen und Füßen verständigt werden, bis ein Dolmetscher oder eine Dolmetscherin da ist.

„Wenn wir in die Wohnungen gehen, arbeiten wir grundsätzlich nicht mit anderen Behörden zusammen. Die Frauen sollen wissen, dass wir nicht vorrangig an einer Abschiebung oder der Steuerfahndung interessiert sind, sondern ihnen helfen und an die Zuhälter ran wollen“, sagt Weisner.

Allein in der Stadt Bremen gibt es zwischen zwei und dreihundert sogenannte Modellwohnungen, oft in sonst nur schwer vermietbaren Ecken der Stadt. Da guckt keiner so genau hin. Es mögen auch mehr Wohnungen sein, die Dunkelziffer ist hoch. Viele davon liegen in der Neustadt und in Walle. Wollte er jede dieser Wohnungen einmal sehen, so müsste er alleine dafür ein ganzes Jahr veranschlagen. Dabei darf er nicht einmal hinein, wenn ihm der Zutritt verwehrt wird. Das ist nur möglich, wenn ein dringender Verdacht vorliegt. Niemand muss die Polizei in die Wohnung lassen, das gilt auch für Zuhälter. Bordelle (Prostitutionsstätten) müssen seit Anfang 2010 angemeldet werden, aber was in der Illegalität passiert, ist nicht kontrollierbar. Deswegen ist es Weisners Wunsch, ein Betretungsrecht der Wohnungen zu haben.

Er und seine MitarbeiterInnen recherchieren in Internet-Foren, werten Zeitungsannoncen aus. Wenn Mädchen unter 21 Jahren „angeboten“ werden, können die PolizistenInnen aktiv werden. Das „Bringen“ von unter 21-jährigen Personen in die Prostitution ist verboten. Aber vor Ort sagt natürlich keine mehr ihr wahres Alter.

Manchmal bekommen sie auch Tipps von Freiern, denen bei ihrem Besuch

irgendetwas merkwürdig vorkam, so die vielen blauen Flecken, die die Frauen am Körper hatten oder wenn diese einen allzu verschüchterten Eindruck machen. Die Regel ist es allerdings nicht, dass ausgerechnet die Freier der Polizei Tipps geben. Die bleiben zumeist lieber unerkannt, tauschen sich höchstens im Internet über die Willigkeit der Frauen aus. „Die ist gut, die macht alles, auch ohne Kondom.“

„Es ist mehr geworden seit der Öffnung der EU“, meint Gregor Weisner. Niemand braucht mehr ein Visum, um hierher zu kommen. Eine an sich gute Sache, die von Menschenhändlern pervertiert wird. Selbst wenn die Frauen in die Heimat zurück reisen, sind sie binnen kürzester Zeit wieder hier, ob freiwillig oder nicht.

Im Moment sind es hauptsächlich Frauen aus Familien der bulgarischen und rumänischen Roma, die hier zur Sexarbeit gezwungen werden. Dabei ist Prostitution mit dem Werteverständnis der meisten Roma überhaupt nicht vereinbar. Aus welchen Ländern die Frauen überwiegend kommen wechselt. Sind es derzeit osteuropäische Frauen, so sind es im nächsten Moment eher Frauen aus Asien, dann wieder welche aus Lateinamerika. Auch die Rockerbande „Hells Angels“ ist groß mit im Geschäft, egal woher die Frauen kommen. Spürt eine Frau nicht, so wird auch schon mal damit gedroht, sie an die Rocker zu verkaufen. „Das ist oftmals organisierte Bandenriminalität, egal um wen es da gerade geht“, sagt Weisner.

Zwar werden Frauen, die gegen ihre Zuhälter aussagen wollen, in ein Zeugschutzprogramm aufgenommen und von der Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution der Inneren Mission ( BBMeZ) betreut, aber bis



Fotograf: Michael Horn

es zu einem Prozess kommt, vergehen oft Jahre. Und danach wird die Frau in ihr Heimatland abgeschoben. Sie hat ihre Schuldigkeit getan. „Oft haben die Frauen bis zur Hauptverhandlung, insbesondere, wenn es sich um Nicht-EU-Ausländerinnen handelt, hier geheiratet und Kinder bekommen“, weiß der Gregor Weisner zu berichten. Das sichert zwar den Aufenthaltsstatus, führt aber nicht unbedingt aus der Prostitution hinaus.

## Bei BBMeZ

**„Menschenhandel ist eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung, die lebenslange Narben hinterlässt“, sagt Petra Wulf-Lengner.**

Die 48-Jährige ist die Leiterin der Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution des Vereins der Inneren Mission in Bremen (BBMeZ). Auf insgesamt drei Mitarbeiterinnen verteilt stehen für diese Arbeit 21 Arbeitsstunden in der Woche zur Verfügung. BBMeZ arbeitet ausschließlich parteilich für die Frauen.

„Das Wichtigste ist, das Vertrauen der Frauen zu gewinnen“, sagt eine Mitarbeiterin, denn einige Frauen begreifen sich nicht als Opfer. Sie sind aus ihrer Sozialisolation heraus mit Gewalt, sexuellen Übergriffen und einem geringeren Stellenwert als Frau aufgewachsen.

„Einzelne Frauen wurden schon als kleine Mädchen in die Prostitution verkauft.“ Andere wieder wollen das, womit sie hier ihr Geld verdienen, unbedingt vor der Familie geheim halten. Die Scham ist zu groß. Die Frauen fühlen sich für die Familie verantwortlich und sehen oft keine andere Chance, dem wirtschaftlichen Elend im Heimatland zu entgehen als hier Arbeit zu suchen, die häufig in ungewollter Sexarbeit endet. Hinzu kommt, dass es vielen in Deutschland tatsächlich besser geht als in der Heimat.

Innerhalb der Zwangsprostitution gibt es eine große Bandbreite. Da sind Frauen, die tatsächlich gefangen gehalten und misshandelt werden. Andere dagegen führen aus

ihrem Blickwinkel ein relativ normales Leben. Sie dürfen etwas von dem verdienten Geld behalten und sich ab und zu mal etwas gönnen. Ein tatsächlich selbstbestimmtes Leben liegt häufig jenseits der Vorstellungsgrenzen der Frauen.

Der Kontakt zu den Klientinnen entsteht auf unterschiedliche Weise. So gibt es Selbstmelderinnen, Vermittlungen durch die Kriminalpolizei und andere Institutionen. Manchmal sind es auch Freier, die Hinweise auf Zwangsprostitution geben.

Der Frau bleibt nur eine Frist von vier Wochen, in der sie entscheiden kann, ob sie als Zeugin aussagen will oder nicht. „Das ist viel zu kurz, sie muss sich zunächst in ihrer neuen Lebenssituation zurecht finden und gleichzeitig eine schwierige Entscheidung treffen“, stellt Petra Wulf-Lengner fest. Entschidet sie sich für eine Aussage, so kann die Frau einen befristeten Aufenthalt für die Zeitdauer bis zum Prozess bekommen.

Durch die Mitarbeiterinnen erhalten die Frauen Kleidung, Nahrung und eine sichere Unterkunft. Eine ärztliche Versorgung gehört ebenso zum Grundprogramm. Auch das Einsetzen von psychosomatischen Reaktionen auf das zuvor Erlebte, fehlende Sozialkontakte, Gefühle von Isolation und Einsamkeit setzen den Frauen sehr zu.

Auch bei der Vernehmung auf dem Polizeirevier können betroffene durch die Mitarbeiterinnen von BBMeZ begleitet werden, dann oft in Begleitung einer Dolmetscherin. BBMeZ betreut die Frauen während der Wartezeit auf den Prozess und hilft den Frauen bei der Rückreise. Für die Arbeit



Fotografien: Sabine Bomeier

sind Dolmetscherinnen unerlässlich, denn sie kennen die kulturellen Hintergründe.

Vor Gericht ist aber nicht nur eine Dolmetscherin wichtig, sondern auch ein sensibles Umgehen seitens der Justiz mit den Opfern. Durch die Begegnung mit den Tätern kommt es zu einer Retraumatisierung. Das Erlebte tritt wieder ins Bewusstsein, muss noch einmal durchgestanden werden. Umso schmerzlicher ist es dann, wenn Anwälte und Anwätinnen der Täter die Glaubwürdigkeit der Frauen in Zweifel ziehen, nur weil diese sich nicht mehr genau an die Farbe der Wände erinnern können

oder Daten nicht exakt im Kopf haben.

Das Erlebte zu verarbeiten ist nur mit fachlicher Hilfe möglich. Bei nicht wenigen Frauen äußert sich das Trauma in selbstverletzendem Verhalten, wie dem Ritzen der Haut oder gar Selbstmordabsichten. Hier wäre eine nachhaltige psychiatrische Behandlung von Nöten. Diese wird jedoch nicht finanziert. Die Mitarbeiterinnen von BBMeZ versuchen in dieser Zeit, gemeinsam mit den Frauen eine Lebensperspektive aufzubauen, auch wenn das sehr schwierig ist. Nur wenige Frauen haben einen qualifizierten Schulabschluss.

BBMeZ vermittelt Deutschkurse, die aber nur durch Spenden finanziert werden können. Der Haushaltset der Stadt Bremen sieht dafür keinen Posten vor.

Nach dem Prozess können einzelne Frauen aus humanitären oder auch Gefährdungsgründen in Deutschland bleiben. Die Frauen, die aussagen, leisten etwas Entscheidendes für unsere Gesellschaft. Sie haben den Mut, gegen die Menschenhändler auszusagen und somit organisierte

Kriminalität zu bekämpfen. Die Angst vor der Reaktion der Täter bleibt, aber: „diese Frauen wollen Gerechtigkeit“, sagt eine Mitarbeiterin.

### Monique Troedel dazu:

*Wenn wir es nicht schaffen, Organisationen wie diese mit den nötigen personellen und finanziellen Mitteln auszustatten, dann stellen wir uns selbst ein Armutszeugnis aus.*



Fotograf: Michael Horn

## Nitribitt

### Abgrenzung von Sexarbeit zu Frauenhandel und sexualisierter Gewalt an Frauen

**Nitribitt ist eine Beratungsstelle und Treffpunkt für Prostituierte, benannt nach Rosemarie Nitribitt, einer Edelhure aus den 50er Jahren. Hier wird klar unterschieden zwischen Zwangsprostitution und der freiwilligen und selbstbestimmten Sexarbeit. Die Geschäftsführerin Julia von Lengerke dazu:**

Im Rahmen der Diskussion zum Vorgehen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution wird von der Politik in Kauf genommen, dass sich die Arbeitsbedingungen für Prostituierte erheblich verschlechtern. Durch die Vermischung dieser beiden völlig unterschiedlichen Personengruppen entsteht der Eindruck, dass der Beruf der Prostituierten in unmittelbarem Zusammenhang mit Zwangsprostitution steht. Wir legen ganz besonderen Wert darauf, dass deutlich zwischen Prostitution und Frauenhandel unterschieden wird. Wer Frauen,

die in der Prostitution arbeiten, das Recht abspricht, freiwillig zu arbeiten, missachtet ihre Selbstbestimmung.

Wir möchten deutlich darauf hinweisen, dass nicht jede Prostituierte, nicht jede Migrantin in der Prostitution, Opfer von Frauenhandel ist. Dieser liegt vor, wenn Frauen sexuell oder zum Zweck der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, missbraucht werden.

Vorsorgliches Einschränken der Rechte von Prostituierten und repressives Vorgehen der Polizei, etwa zum Schutz von potenziellen Opfern, ist unverhältnismäßig und daher menschenrechtswidrig. Dieses Vorgehen steht zudem dem eigentlichen Ziel des Prostitutionsgesetzes entgegen. Eine tatsächliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Sexarbeiterinnen kann nur über die konsequente Übertragung des Prostitutionsgesetzes in weitere Gesetze und Verordnungen geschaffen werden. Dies gilt vor allem für das Gewerbe- und Gast-

stättenrecht, dem Baurecht und vor allem dem AusländerInnenrecht.

Durch eine moralische Vorverurteilung von Sexdienstleistungen werden Probleme im Bereich der Prostitution mit verursacht. Sexarbeit wird tabuisiert, stigmatisiert und häufig kriminalisiert, daraus resultieren rechtsfreie Grauzonen, Übergriffe und Heimlichkeiten sowie ungeschützte Arbeits- und Dienstleistungsverhältnisse. Auf dieser Grundlage entstehen auch Missbrauch, Gesundheits- und Würdeverletzungen.

Solange die Politik Sexarbeit weiterhin durch unzureichende Gesetzgebung kriminalisiert und Sexarbeiterinnen durch entwürdigende Maßnahmen stigmatisiert, wird ein Nährboden für ungünstige Arbeitsbedingungen geschaffen. Vielmehr ist es an der Zeit, dass sich über die Schaffung des rechtlichen Rahmens der Prostitution (ProstG) hinaus, die Politik mit der Kontrolle des Milieus beschäftigen muss. Der freie Markt regelt sich, auch in dieser Branche, nicht von selbst und funktioniert nicht von allein nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. Gerade wegen des Gefährdungspotenzials des Milieus und der Prostitutionstätigkeit an sich, muss die Ausübung der Prostitution zum Schutze und im Sinne der Frauen geregelt werden. Und sie kann auch geregelt werden, weil sie nicht sittenwidrig ist.

Die Hoffnung, dass durch die transparente Ausgestaltung legaler Prostitution eine klare Abgrenzung zum Frauenhandel möglich wird, zeigt das Beispiel in Dortmund. Hier wurde dafür gesorgt, dass die Normen des Prostitutionsgesetzes in andere Gesetze und Normen Eingang finden und bereichsübergreifend umgesetzt werden.



Fotografin: Sabine Bomeier

### Konkret bietet Nitribitt an:

- Ausstiegsberatung in Kooperation mit Behörden, Rechtsanwälten etc.
- Persönliche Beratung für SexarbeiterInnen sowie deren Angehörige (anonym und kostenlos)
- Unterstützung bei Ämter- und Behördenangelegenheiten/-gängen
- Gesundheitsaufklärung über sexuell übertragbare Erkrankungen (STD's) und AIDS (Kooperation mit Gesundheitsamt Bremen)
- Aufsuchende Arbeit beim Straßenstrich, in Bordellen und Wohnungen
- Organisation von Informationsveranstaltungen für formal korrekte selbständige Tätigkeit von Prostituierten (Steuerberater, Finanzamt etc.)
- Wegweiserfunktion zu verschiedenen therapeutisch arbeitenden Institutionen (z.B. Schattenriss)
- Offene Treffen, Erfahrungsaustausch unter Prostituierten
- Selbsthilfeangebote
- Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen
- Anonyme Telefonberatung für Alle, die sich informieren möchten<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Homepage Nitribitt: [www.nitribitt-bremen.de](http://www.nitribitt-bremen.de)

## Rechtliches

**Mit dem Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes am 01.01.2002 herrschte über alle Parteiengrenzen hinweg Einigkeit darüber, dass die rechtliche und soziale Situation der Prostituierten dringend verbessert werden muss. Die durch das Gesetz erreichten wesentlichen Änderungen waren dabei die Abschaffung der Sittenwidrigkeit der Prostitution, die Sicherung der Einklagbarkeit des Lohnes einer Prostituierten, die Erleichterung des Zugangs zur Sozialversicherung und die Erleichterung des Ausstiegs aus der Prostitution.**

Den mit Prostitution verknüpften Problemen sollte in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht dadurch begegnet werden, dass Prostitution durch repressive Maßnahmen in ein Dunkelfeld abgedrängt wird.

Zentrales Anliegen war die Verbesserung der sozial- und zivilrechtlichen Verhältnisse in der Prostitution zugunsten derjenigen Prostituierten, die freiwillig ihren Lebensunterhalt durch Prostitution bestreiten. Die Tätigkeit von Prostituierten sollte in geordnete – vorrangig selbständige – Beschäftigungsverhältnisse überführt werden und ihre Abhängigkeit von Zuhältern und anderen Personen reduzieren.

Mit dem Gesetz wurde auch die Erwartung verknüpft, dass die kriminellen Begleiterscheinungen der Prostitution zurückgedrängt und die Ausstiegsmöglichkeiten für Prostituierte erleichtert würden. Prostitution sollte dabei kein „Beruf wie jeder andere“ werden. Unverändert blieben

unter anderem das Ordnungsrecht (§ 120 OWiG), das Bau- und Gaststättenrecht und der Straftatbestand der verbotenen Prostitution (§ 184d StGB).

In einer ersten Evaluation der Wirksamkeit des Gesetzes stellte die Bundesregierung 2007 jedoch fest, dass die ursprünglich beabsichtigten Ziele nur zu einem sehr begrenzten Teil erreicht werden konnten. Auch für einen kriminalitätsmindernden Effekt des Prostitutionsgesetzes gebe es keine belastbaren Hinweise. Das ProstG habe kaum zu einer besseren Transparenz des „Rotlichtmilieus“ beitragen können.

In diesem Zusammenhang kündigte die Bundesregierung an, im Benehmen mit den Bundesländern zu prüfen, ob und gegebenenfalls mit welchen gewerberechtlichen Instrumenten die Kontrolle der Prostitutionsausübung effizienter gestaltet werden kann. Zu einer Regelung ist es bislang jedoch noch nicht gekommen.

Demgegenüber machen die polizeilichen Erkenntnisse nach wie vor deutlich, dass ein erheblicher Handlungsbedarf besteht. Das Bundeskriminalamt (BKA) weist in einer entsprechenden Analyse darauf hin, dass der bisherige Rechtsrahmen für die Betretungs- und Kontrollrechte durch die Polizeien als nicht ausreichend anzusehen ist. Die gleiche Zielrichtung vertritt auch die Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz, die im Oktober 2008 zum Schutz der Prostituierten eine effektive Regulierung der Prostitutionsausübung forderte.

Die Prostitutionsausübung stellt sich



Foto: pixelio.de / Peter Kirchoff

damit fast neun Jahre nach ihrer „Normalisierung“ als das einzige relevante Erwerbsgebiet dar, das nahezu vollständig unreguliert ist – ein denkbar „un-normaler“ Zustand. Dadurch, dass für den Betrieb einer Prostitutionsstätte keinerlei persönliche Eignungsprüfung erfolgt, können dort zum Beispiel auch bereits wegen Menschenhandels vorbestrafte Personen ohne weiteres als Betreiber oder Wirtschaftler arbeiten. Das war natürlich durch das Prostitutionsgesetz in keiner Weise beabsichtigt. Es ist aber zu konstatieren, dass die fehlende Regulierung der Tatsache nicht gerecht wird, dass Prostitution in einem hochgradig kriminogenen Umfeld stattfindet. So wird durch eine Vielzahl unterschiedlicher und sich teilweise verstärkender Faktoren die

Begehung von Straftaten begünstigt. Je weniger polizeiliche und soziale Kontrollen ausgeübt werden, desto häufiger treten Eigentums-, Vermögens- und Gewaltdelikte in diesem Bereich auf.

Damit wird deutlich, dass eine bundeseinheitliche Regulierung der Prostitution erforderlich ist, die die Rahmenbedingungen der legalisierten Prostitutionsausübung festschreibt. Eine maßgebliche Erwägung muss dabei sein, dass Prostitution als wirtschaftliches Betätigungsfeld eine spezifische Dienstleistung ist, die wie keine andere Tätigkeit in den intimsten Persönlichkeitsbereich der Beschäftigten eingreift.

**Quelle:** Auszüge aus dem Positionspapier des Senators für Inneres und Sport zur Veränderung des Prostitutionsgesetzes.



Foto: © ghisppoppins - Fotolia.com

## Die Frau als Ware

**Prostitution – lateinisch pro-stituere aus pro und statuere - bedeutet nach vorn oder zur Schau stellen. Gemeint ist Sex gegen Geld oder auch schlicht „das älteste Gewerbe des Welt“. Ein Gewerbe, das in allen Zeiten und allen Kulturen zu finden ist, mal hochangesehen, mal zutiefst verachtet. Das hängt vom jeweiligen religiösen und ethischen Standpunkt ab. Auch unfreiwillige Prostitution gab es schon immer.**

Huren wirkten als Dienerinnen in den Tempeln oder stiegen als Mätressen von Herrschenden zu höchster Macht auf. Huren wurden und werden verachtet und als lebende Ware zur Befriedigung der Bedürfnisse der Männer benutzt, auch in Form von Gastgeschenken an Freunde. Alles ist

möglich, die Bandbreite fast unendlich im Zeitlauf der Geschichte.

Schon vor 3000 Jahren waren Huren nicht nur im alten Babylon ein durchaus respektabler Bestandteil der Gesellschaft. Es gab Zeiten, in denen gehörte die Prostitution in den Alltag jeder Frau. So erließ König Hammurabi (1793 v.Chr. - 1750) ein Gesetz, nach dem hatte jede Frau einmal im Leben ihre Liebesdienste gegen Entgelt im Tempel anzubieten. Die Götter sollten dadurch günstig gestimmt werden.

Das älteste Bordell soll angeblich in Griechenland gestanden haben. Solon (630 v. Chr.) richtete im Zuge einer „Sozialreform“ staatliche Bordelle ein, dort prostituierten sich allerdings nur Sklavinnen, importiert aus besetzten Ländern, womit damit eine der ersten Formen der Zwangs-

prostitution geschaffen war. Sie wurden mit Naturalien wie Fisch oder Wein entlohnt.

In Kriegsgebieten und Hafenstädten wurden Bordelle seit alters her gefördert. Den Männern sollte es an nichts fehlen. Und Geld spülte es obendrein in die Wirtschaften. Während des zweiten Weltkrieges wurden für die deutschen Soldaten Wehrmachtbordelle errichtet, aber wohl mehr oder weniger auch für die Soldaten anderer Staaten.

Im antiken Athen brachten es die Hetären immerhin dazu, den Männern bildungsmäßig ebenbürtig zu sein. Sie waren die einzigen Frauen Athens, die sich in Hetärenschulen musikalisches und philosophisches Wissen aneignen durften. Die Männer wollten neben Sex wohl auch geistig unterhalten werden.

Im alten Rom war die Prostitution erlaubt, galt aber als unehrenhaft. Freigeborene Römerinnen mussten mit einer gehörigen Strafe rechnen, wenn sie sich dem Lustgewerbe hingaben. Anders die Sklavinnen – die durften und mussten wohl bisweilen sogar sich der käuflichen Liebe hingeben. Auch hier finden wir also wieder eine frühe Form der Zwangsprostitution. Zudem versäumten es die Römer auch nicht, eine Steuer für Prostitution einzuführen, der Staat wollte an dem lukrativen Geschäft teilhaben.

Im Zuge der industriellen Revolution und der damit verbundenen Armut nahm auch die Prostitution zu. Es waren wie auch heute die Frauen, die eben irgendwie versuchen ihre Familien durchzubringen. Und der Körper der Frau verkauft sich immer gut. Die Doppelmoral, die Prostituierte ächtet, aber Prostitution als etwas ein für Männer notwendiges ansieht manifestierte sich zusehends.

Das Geschäft verlagerte sich mehr und mehr auf die Straße und das Gewerbe der Zuhälter entstand. Die einen Männer nahmen die Dienste der Frauen in Anspruch, die anderen ihnen das Geld ab. Die Herberstraße in Hamburg gelangte zu Weltruhm und mit ihr das sogenannte Rotlichtmilieu in der heutigen Form.

Die sexuelle Revolution in den siebziger Jahren vermochte immerhin das Thema zu enttabuisieren. In Teilen der Frauenbewegung wurde und wird Prostitution generell abgelehnt, andere wieder sehen in der freien Sexarbeiterin, die selbstbestimmt arbeitet und über ihr Geld selbst verfügt eine durchaus positive Tendenz.

Gemeinsame feministische Position ist es aber, nicht die Hure zu bestrafen, sondern den Freier zu Rechenschaft zu ziehen, insbesondere im Fall von Zwangsprostitution.

### Monique Troedel dazu:

*An Letzterem mangelt es immer noch. Wir weisen die Zwangsprostituierte aus, schicken sie ihre Heimatländer und damit in die wirtschaftliche Armut zurück und wohl vielfach auch erneut in die Zwangsprostitution. Die Freier aber, ohne deren „Bedarf“ es die unfreiwillige Sexarbeit ja gar nicht gäbe, lassen wir ungestraft davonkommen. Seit Jahrtausenden gilt die Frau dem Manne als eine Ware, über die er nach Lust und Laune verfügen kann. Wenn wir der Zwangsprostitution Einhalt gebieten wollen, dann müssen wir am Selbstbildnis und Selbstverständnis der Frauen arbeiten. Wir müssen stark und selbstbewusst uns unserer eigenen Rechte und Bedürfnisse nicht nur bewusst werden, sondern für diese auch kämpfen! Und das weltweit.*

## Interview mit Ulrike Hauffe von der ZGF

**Ulrike Hauffe, Jahrgang 1951, kommt aus dem Ruhrgebiet und ist seit 1994 Landesfrauenbeauftragte in Bremen. Die Diplom-Psychologin hatte zuvor in verschiedenen Zusammenhängen in der Geburtsvorbereitung und Arzt- wie Hebammenausbildung gearbeitet. Sie ist zudem Vorsitzende des Ausschusses für Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten des Deutschen Städtetages.**

**Frage:** Inwieweit ist die ZGF mit dem Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution befasst?

**Antwort:** Frauenhandel ist eine extreme Form von Gewalt gegen Frauen. Frauen werden unter Täuschung, Drohungen oder Gewaltanwendung angeworben und in Bremen auch zur Prostitution gezwungen. Sie leben unter ausbeuterischen oder sklavenähnlichen Bedingungen, ihre verbrieften Menschenrechte werden verletzt.

Sich für die Belange dieser Frauen in Bremen einzusetzen, gehört daher selbstverständlich zu den Aufgaben der ZGF. Konkret geht es darum, sicherzustellen, dass betroffene Frauen zum Beispiel nicht abgeschoben werden, sondern die Unterstützung und vor allem die Sicherheit bekommen, die sie brauchen. Deshalb setzt sich die ZGF für die Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution (BBMeZ) ein, bei der sie auch im Beirat mitarbeitet. Darüber hinaus setzt sie sich dafür ein, dass der Schutz und die Sicherheit dieser Frauen auch rechtlich verbessert werden.

**Frage:** Gibt es Zahlenmaterial zu Menschenhandel und Zwangsprostitution im Lande Bremen?

**Antwort:** Das Bundeslagebild des BKA 2009 zu Menschenhandel zeigt für Bremen eine deutliche Steigerung der Ermittlungsverfahren um 15 Fälle auf 47 Verfahren. Weitere detaillierte Zahlen ergeben sich aus den Fallzahlen der BBMeZ, von der wir wissen, dass diese immer weiter steigen. Die Dunkelziffer kann mit Gewissheit weitaus höher geschätzt werden als die offiziellen Zahlen.

**Frage:** Was kann die ZGF tun, wenn sie von Fällen von Menschenhandel und Zwangsprostitution erfährt?

**Antwort:** Als Anlauf- und Beschwerdestelle kann die ZGF betroffenen Frauen den Weg zu Beratung und Hilfe aufzeigen. Durch den engen Kontakt zur Beratungsstelle BBMeZ oder auch zu anderen möglichen Unterstützungseinrichtungen ist dies schnell und gut möglich. Allerdings werden von Frauenhandel betroffene Frauen eher nicht den Weg in eine Behörde wie die unsere finden.

Wir können jedoch über Einzelfälle, die uns auch über andere zugetragen werden, erkennen, was in Bremen nötig ist. Wir nehmen diese zum Anlass, Anstöße für frauengerechte Angebote zu geben oder setzen uns für verbesserte Verfahren und Strukturen im Umgang mit den Frauen ein. Darüber hinaus engagiert sich die ZGF auf Bundesebene für die Belange betroffener Frauen, wenn sie hier Handlungsbedarf erkennt.

Und wir können die Öffentlichkeit und Fachleute, die mit betroffenen Frauen zu tun haben, sensibilisieren beziehungsweise entsprechende Fortbildungen anregen.

**Frage:** Was ist aus frauenpolitischer Sicht nötig?

**Antwort:** Frauen müssen in einer solchen schwierigen Lebenslage deutlicher wahrgenommen werden und sie müssen selbstverständlich das erhalten, was sie dringend brauchen: Sicherheit durch einen Aufenthaltsstatus auch unabhängig davon, ob sie aussagen wollen, eine individuelle Perspektive für ein sicheres gewaltfreies Leben, aber auch so konkrete Dinge wie schnell verfügbare Dolmetscherdienste, gesundheitliche Versorgung.

Unabdingbar dafür sind die finanzielle Sicherung der Fachberatungseinrichtung (BBMeZ) und die Schaffung eines Haushaltstitels für die individuellen Bedarfe der betroffenen Frauen.

Um die bestmöglichen Regelungen für betroffene Frauen zu erkennen und nutzen zu können, bräuchten wir eine rechtsvergleichende Untersuchung der deutschen, spanischen, italienischen, niederländischen und belgischen aufenthalts- und sozialrechtlichen Regelungen. Prostituierte nennen sich selbst Sexarbeiterinnen, ein Begriff der auf die amerikanische Prostituiertenbewegung und ihrer Forderung nach rechtlicher und sozialer Gleichstellung zurückgeht.



Fotografen: Sabine Bomeier

## Wirtschaftsfaktor Prostitution

Sexarbeit ist eine traditionsreiche Dienstleistung und stellt heute einen beträchtlichen ökonomischen Faktor dar. Wie überall in der Wirtschaft werden unter Druck die Löhne gekürzt. So beklagen „freie“ Sexarbeiterinnen, dass Zwangsprostituierte die Preise kaputt machen. Liegen die Preise für einen Grunds-service ohne Extras in der Regel bei 50 Euro, so ist das unter Zwang auch schon mal entschieden günstiger zu haben.

Im Lande Bremen gibt es rund 800 Sexarbeiterinnen, die täglich im Durchschnitt drei Freier bedienen und dafür jeweils circa mindestens 50 Euro erhalten, das ergibt, eine sechs-Tage-Woche vorausgesetzt, bei 310 Arbeitstagen pro Jahr 37 Millionen Euro Einnahmen jährlich.<sup>3</sup> Die tatsächlichen Zahlen dürften wohl noch wesentlich höher sein. Und das alles weitgehend steuerfrei. Insider sagen, dass mit Prostitution mehr Geld verdient werden kann als mit Drogenhandel.

Auf einer Website für Freier wird gar mit dem Wirtschaftsfaktor und der damit verbundenen Ankurbelung der Wirtschaft

der Besuch im Bordell gerechtfertigt. Dort heißt es: „Rund um dieses Gewerbe werden Milliarden Umsätze gemacht, um nur einige zu nennen: Getränke-, Kosmetik, Textil-, Sexindustrie und Grundstücks-, Immobilien-, Baubranche sowie Hotel-, Tourismus-, Messe-Gewerbe als auch die Bereiche, die direkt davon profitieren, Vermieter, Bar- und Clubbesitzer, Rechtsanwälte, Steuer- und Versicherungsberater. Bund, Länder und Kommunen kassieren Steuern, Bußgelder und Pacht bzw. Mieten.“<sup>4</sup> Und sie haben sogar recht damit. Nicht nur Zuhälter und Schlepper leben von der Arbeit der Zwangsprostituierten, sondern noch sehr viele andere. Genaue Zahlen wird es da nie geben.

Das aber kann nur ein Grund mehr sein, die freie Prostitution aus der Schmutzlecke herauszuholen und die Zwangsprostitution zu bekämpfen.

### Monique Troedel dazu:

*Es kann nicht sein, dass wir es hinnehmen, dass der Körper von Frauen zu einer handelbaren Ware wird. Das ist moderne Sklaverei.*

<sup>3</sup> Quelle: Informationsveranstaltung für die Innendeputation am 3. Februar 2009

<sup>4</sup> context e.V.; Centrum für Prostitutionsstudien; Tauusstr. 31; 60325 Frankfurt am Main



Foto: © Tomislav Forgo / istockphoto.com



Foto: © WorldWidelImages / istockphoto.com

## In den Heimatländern

Frauen, die sich entschließen hier der Sexarbeit nachzugehen, um damit die Familie in den Heimatländern durchzubringen, entfliehen damit der wirtschaftlichen Not. Beispielhaft seien hier Bilder aus dem Leben der bulgarischen Roma beschrieben. Sie stellen derzeit das Gros der Zwangsprostituierten im Land Bremen.

Am 1. Januar 2007 trat Bulgarien der Europäischen Gemeinschaft bei, was die

Einreise der betroffenen Frauen erleichterte. Sie können zunächst legal einreisen, beziehungsweise von ihren Schleppern hierher gebracht werden.

Offiziell kennt Bulgarien keine ethnisch begründeten Konflikte, so zu lesen auf der Homepage des Auswärtigen Amtes. Dennoch heißt es da weiter, dass es sehr wohl weit verbreitete Vorurteile und Ressentiments vor allem gegen Roma gibt

und weiter: „die Minderheit der Roma ist unzureichend in die Gesellschaft integriert. Mehrheitlich leben die Roma in schwierigen wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen.“ Circa 800.000 Roma leben in Bulgarien, das sind rund zehn Prozent der Bevölkerung.

In den Medien sind immer wieder Bilder zu sehen, die die menschenunwürdigen Bedingungen deutlich machen, unter denen Roma in Bulgarien leben müssen. Sie leben vielfach in Ghettos, so zum Beispiel im größten Roma-Ghetto des Landes, in Fakulteta am Rande Sofias. Die Straßen sind nicht befestigt und bei Regen verwandeln sie sich in schlammigen Morast. Die Abwasserkanalisation ist mangelhaft, wenn überhaupt vorhanden, Fäkalien spülen über die Straße. Die Müllabfuhr kommt selten oder gar nicht. Trinkwasser muss aus einem Brunnen geholt werden. Zwischen 12.000 und 15.000 Menschen leben hier, glaubt man den Aussagen der Stadtverwaltung von Sofia.

Aber eine andere Wohnung zu finden ist für Roma nicht leicht, die es einerseits gewohnt sind, in großer Gemeinschaft zu leben, andererseits aufgrund der Ressentiments ihnen gegenüber so leicht auch keine andere Bleibe finden würden. Bezahlen könnten sie diese eh kaum, denn gerade unter den Roma ist die Arbeitslosigkeit hoch, nahezu bei 90 Prozent.

In Fakulteta gibt es Wellblech- und Holzhütten, vereinzelt auch feste Häuser. Einen Kindergarten gibt es in Fakulteta nicht. Viele können auch im Erwachsenenalter noch nicht schreiben und lesen.<sup>5</sup>

Was bedeutet es hier zu leben und keine Chance zu sehen irgendwann dem Elend entfliehen zu können? Wie leicht und verführerisch ist es dann den Versprechungen von Schleppern zu glauben und den Weg gen Westen zu wagen?

Andere fallen nicht auf die schönen Versprechen der Schlepper herein, sondern werden gegen ihren Willen nach Deutschland gebracht. Im Land Bremen kommen diese Zwangsprostituierten derzeit überwiegend aus Osteuropa, speziell Bulgarien. Es sind überwiegend junge Sinti und Roma aus Pleven, Dobrich oder Ruse. Viele von ihnen kennen seit der frühesten Kindheit Gewalt und sexuellen Missbrauch und befinden sich in schlechter körperlicher Verfassung. Häufig sind sie durch die eigene Familie in die Prostitution gebracht worden, dazu gar von ihnen erzogen worden. Sie sind ergeben in ihr Schicksal und stark traumatisiert. Auch wenn es fast nicht verständlich ist, aber diese Frauen haben oft das subjektive Gefühl, dass es ihnen hier immer noch besser geht als vormals im Heimatland, zumindest bekommen sie hier regelmäßig etwas zu essen.

### Monique Troedel dazu:

*Es ist eine Schande, dass es in unserer Gesellschaft Zwangsprostitution und Menschenhandel überhaupt gibt. In globalen Zusammenhängen werden die Opfer quer durch Europa auch nach Deutschland verschleppt und landen unter anderem in Bremen, Bremerhaven und Umgebung. Es reicht offensichtlich nicht, nur hier etwas gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel zu tun. Wir müssen im globalen Zusammenhang etwas dagegen unternehmen. Frauen dürfen nicht als willenslose Ware hin und hergeschoben werden!*

*Gewissenlose Ausbeuter bereichern sich allein in Bremen und Bremerhaven um Millionenbeträge an den Opfern. Sie werden häufig erst durch das Eingreifen der Polizei aus ihrer Zwangslage befreit.*

## De Colores

### Mitra Razavi, seit 1997 Vorstandsvorsitzende schreibt:

De Colores ist ein interkulturelles Frauenbildungs- und Kulturzentrum, das auf Initiative von Women of Color vor 20 Jahren gegründet wurde. De Colores kommt aus dem Spanischen und bedeutet „aus vielen Farben“. Schon der Name soll darauf hinweisen, dass es den Gründungsfrauen um die Vielfalt der Kulturen und Lebensweisen geht. Das Ziel war und ist, der vereinnehmenden und ausgrenzenden Politik entgegen zu wirken, indem wir unser politisches Selbstverständnis in den Kontext der gesellschaftlichen Prozesse einbringen wollen. Es ist dabei wichtig, uns selbst zu definieren und uns selbst einen Weg in die Gesellschaft zu öffnen, – gegen den Rassismus –, aber auch gegen die Ignoranz und Arroganz der Dominanzgesellschaft, die unser Anliegen letztlich und endlich immer aus der eigenen Position betrachtet und somit verfälscht. Wir engagieren uns für die sozioökonomische Stärkung von Women of Color.

Wir beraten Frauen, die von Zwangsprostitution betroffen sind. Erstmals 1997 machten uns zwei Frauen aus Chile und Brasilien auf ihre lebensbedrohliche Situation aufmerksam. Der fatale Zustand bestand zusätzlich darin, dass sie nach ihrer Mitwirkung mit der Staatsanwaltschaft entweder freiwillig Deutschland verlassen mussten oder abgeschoben worden wären, denn sie hatten keinerlei aufenthaltsrechtlichen Status. Unsere Forderung bestand je-



Fotografen: Sabine Bomeier

doch darin, ihnen eine Aufenthaltsbefugnis beziehungsweise Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu erteilen. Mit der Thematisierung der Lebenssituation dieser Frauen wollten wir Handlungsperspektiven aufzeigen, die zum Schutze der Frauen führen sollten. Sie hatten weder gesundheitlichen noch sozialen und rechtlichen Schutz. Darüber hinaus ist eine Rückkehr in ihren Heimatländern in den meisten Fällen unmöglich. Sie werden als sogenannte „Nestbeschmutzer“ verfolgt. Auf Grund empirische Erhebungen haben wir in Zusammenarbeit mit anderen Frauenorganisation festgestellt, dass die familiären sozio-kulturellen Strukturen die Rückkehr dieser Frauen erschwert. Sie werden in den meisten Fällen von ihrer eigenen Familien ausgegrenzt oder geraten erneut in die Hände dieser kriminell organisierten Banden. Es sind inzwischen EU-Richtlinien, die zum Schutze dieser Frauen verfügt worden sind und ins nationale Recht umgewandelt werden müssen.

Leider müssen wir immer wieder die Erfahrung machen, dass zunächst über Dekaden die besorgniserregenden Situationen ignoriert werden bis es zu einer Lösung geführt wird.“

<sup>5</sup> Schweizer Tagesspiegel vom Januar 2009

## Leben in der Illegalität

Die Zähne tun weh, ein Besuch beim Zahnarzt scheint dringend angezeigt. Aber wie denn, wenn keine Krankenschein da ist? Mit etwas Glück, lässt sich eine Karte der Krankenkasse von einer Bekannten organisieren, mit noch mehr Glück fällt dem Arzt nichts auf. Eine Wohnung ist eh nicht zu mieten, also immer „irgendwie unterkriechen“ bei Freunden. Ein Job ist auch nicht drin, bestenfalls mal ein paar Stunden schlecht bezahlte Schwarzarbeit. Das Geld ist immer knapp. Und bloß immer aufpassen, dass man nicht erwischt wird, sonst droht die Abschiebung. Und welche Frau, die doch oft mit so großen Hoffnungen gestartet ist, will schon mit leeren Händen und von der Polizei abgeschoben wieder in der Heimat ankommen? Die Scham, das Gefühl des Versagens überwiegt. Also lieber hierbleiben und eben „irgendwie sich durchschlagen“. Unter welch enormen Druck Frauen stehen, die illegal hier leben müssen, lässt sich nur erahnen.

Frauen, die aus der Prostitution entfliehen, aber keinen legalen Aufenthaltsstatus hier besitzen, bleibt häufig kein anderer Weg als in der Illegalität zu leben. Oft sind sie durchaus legal in die BRD eingereist, haben ihren legalen Status aber verloren, weil ihr Visum abgelaufen ist und sie sich nicht trauen einen Asylantrag zu stellen, vielleicht auch weil sie in der Prostitution straffällig geworden sind und nun die Strafverfolgung fürchten. Aber nur circa 15 bis 30 Prozent haben die Grenze illegal übertreten. Die UNHCR, das UN-Flüchtlingshilfswerk, geht davon aus, dass circa ein Drittel der

irregulären Migrantinnen und Migranten de facto Flüchtlinge sind. Vielen Frauen bleibt letztendlich nur die weitere Flucht in eine Ehe, um hier bleiben zu können. Auch das könnte als eine weitere Form der Zwangsprostitution betrachtet werden.

**Das Bundesministerium für Inneres geht derzeit von 500.000 bis 1.000.000 Illegalen in Deutschland aus. Genaue Zahlen sind naturgemäß nicht vorhanden.**

## Ein Brief

**Die BürgerInnen in der Essener Straße in der Neustadt wehrten sich im Frühjahr dieses Jahres gegen Zwangsprostitution in ihrer Straße. Unterstützt wurden sie in ihrem Protest unter anderem von den LINKEN. Der Sprecher der Bürgerinitiative schrieb einen Brief an die Fraktion, in dem er seine Gedanken zu diesem schwierigen Thema mitteilte:**

### Ruhig weiterschlafen

Wirft man das Thema Zwangsprostitution in eine beliebige gesellige Runde ein, sind sich alle Anwesenden schnell einig, dass Zwangsprostitution zu verurteilen, zu bestrafen und aus der Gesellschaft zu verbannen ist. D´accord, die gesellige Runde hakt das Thema schnell ab. Man hat seine politische Haltung zum Ausdruck gebracht, natürlich völlig angemessen, korrekt und allseits akzeptiert und die gesellige Runde widmet sich dem nächsten dringlichen Thema. Alles ist heutzutage zu lösen. Was übrig bleibt, ist eine rundum gute Gesellschaft, die nach einem letzten Schlückchen Merlot zufrieden zu Bett geht. Eine Gesellschaft, die gut eingerichtet ist, die dringlichen Probleme wurden ja thematisiert. Alles ist geregelt. Dieser Gesellschaft kann man kein X für ein O vormachen, nicht in der Frage der Zwangsprostitution. Aufgeklärte und politisch interessierte BürgerInnen wissen eben Bescheid, schließlich hat man sich das große „I“ hart erkämpft.

Und die in der Zwangsprostitution gefangenen Frauen? Um die kümmert sich

dann eben mal wieder niemand, außer ein paar Hilfsorganisationen, die bestenfalls das bürgerliche Gewissen beruhigen und den gesunden Schlaf unserer Gesellschaft garantieren. Unsere Gesellschaft schläft tief und fest, und träumt was Schönes und hält ihre süßen Träume für die Realität, willkommen in der Matrix: Frauen leiden in der Zwangsprostitution. Sie leiden in Wohnungen in der direkten Nachbarschaft in guter Gesellschaft. Sie leiden zu hunderten, vermutlich zu tausenden in Europa (genaue Zahlen kennt niemand). Sie leiden, weil ihr einziger Ausweg aus der osteuropäischen Armut erst der Weg zu Kredithaien ist und dann, wenn die horrenden Zinsen nicht mehr bezahlt werden können, in die erzwungene Prostitution. Wie praktisch, dass der Geldverleiher dann auch gleich der Zuhälter ist, heutzutage benötigt man ohnehin zwei Jobs, um sich über Wasser zu halten. Die Frauen dürfen dann auch in den goldenen Westen Europas, denk Schengen zumindest legal, leider aber nur, um in sogenannten Modellwohnungen bei uns ihre Schulden abzarbeiten. Das funktioniert mit Drohungen, den Kindern der Frauen zu Hause etwas anzutun, ganz ohne körperliche Gewalt, ebenfalls praktisch, aber auch ohne jegliche Beachtung der Menschenrechte. Körperliche Gewalt wäre auch ungut, würde die Ware nämlich verderblich aussehen lassen. Die „Kunden“ wollen doch Qualität und wundern sich natürlich nicht, dass „Maria“ kein Deutsch spricht, bei 50 Euro für die halbe Stunde kann man das auch nicht erwarten. So läuft das in unserer

schönen neuen europäischen Dienstleistungswelt. Jede hat eben ihren Beitrag zu leisten. Immerhin ist Zwangsprostitution ein Konjunkturprogramm für Osteuropa, da die entrechteten Frauen sogar ein bisschen Geld an ihre Familien schicken dürfen, damit zu Hause keiner Verdacht schöpft. Die Menschenrechte werden ganz nebenbei mitten in unserem schönen Rechtsstaat mit Füßen getreten.

Und was tun unsere behördlichen und parlamentarischen Repräsentanten? Die haben in einem tollen Bundesgesetz doch bereits 2001 Prostitution legalisiert und Zwangsprostitution natürlich verboten und scharf verurteilt und man wollte Zwangsprostitution härter bekämpfen und hart gegen Menschenhändler beziehungsweise Zuhälter „gähn“ vorgehen und die rechtliche und soziale Lage der Opfer „gähn“ „gähn“ verbessern, aber da waren unsere emsigen Repräsentanten längst schon wieder entschlafen. Oh nein, nicht ganz, auf einer Innenministerkonferenz Jahre später wurden sie kurz wach, um dann gleich wieder tief und fest einzuschlafen. Na dann mal gute Nacht und süße Träume.

**Von Mathias Pasdzior,**  
Sprecher der Bürgerinitiative Essener Straße

## Interview mit Thea Kleinert



Fotograf: Michael Horn

**Thea Kleinert ist seit 2007 Sprecherin der Beiratsfraktion der LINKEN im Beirat Neustadt. Die 44-jährige Diplom-Sozialpädagogin und Sozialarbeiterin arbeitet als Verwaltungsangestellte.**

**Frage:** Was war in der Essener Straße los?

**Antwort:** In der Essener Straße in der Neustadt gab es einen massiven Bürgerprotest gegen Prostitution in einem der Häuser in der Wohnstraße.

**Frage:** Was hast du empfunden, als du von der Situation der Frauen gehört hast?

**Antwort:** Gedanken mache ich mir darüber, ob die Frauen eine regelmäßige Gesundheitsversorgung haben und welche Gründe dazu geführt haben, in der Prostitution arbeiten zu müssen. Wie viel Geld können sie von den erarbeiteten Tageseinnahmen behalten? Können sie Freier ablehnen, gibt es arbeitsfreie Tage? Können sie aussteigen? Wie selbstbestimmt ist ihr Gelderwerb?

Für mich hat Prostitution etwas mit der Ausübung von Gewalt zu tun und mit der sozialen und wirtschaftlichen Armut von Frauen. Unabhängige Prostituierte, die freiwillig und bewusst den Beruf der Sexarbeiterin ausüben, kenne ich nur nur aus der Nachdenk-Version des „Kapital“ von Karl Marx (Rimini Protokoll). Ich wünsche den Frauen, dass sie einen Weg finden, der ihnen ein Leben und Arbeiten in Würde aufzeigt, ohne Ausbeutung durch ZuhälterInnen.

**Frage:** Wie war dein, beziehungsweise das Engagement der Linken?

**Antwort:** Zum Internationalen Frauentag 2009 hatte Monique Trödel Bremer Expertinnen eingeladen, die aus unterschiedlicher Perspektive über das Leben und die Arbeit der Prostituierten berichteten. Aus

dieser Veranstaltung bin ich mit der Gewissheit gekommen, dass sich für Frauen in der Prostitution und Zwangsprostitution trotz gesetzlicher Änderungen nicht wesentlich etwas verbessert hat. Die Hilfsangebote für die Frauen reichen nicht aus.

Mein Eindruck war und ist, dass der Staat hilflos zuschaut. Zuhälter und Menschenhändler haben offenbar leichtes Spiel. Die Bremer Neustadt ist ein Stadtteil in dem es viel Prostitution gibt, man stolpert praktisch darüber, wenn man aufmerksam ist. Grund genug, über den Beirat nachzufragen. Die Antworten waren meistens unbefriedigend. Auf kommunalpolitischer Ebene haben wir die generellen Anliegen der Bürgerinitiative Essener Straße unterstützt. Wir haben im Beirat von der Verwaltung Aufklärung hinsichtlich von Bau- und Nutzungsrechten gefordert. Mit Verwunderung habe ich zur Kenntnis genommen, wie hilflos die Behördenvertreter argumentierten.

Wichtig ist die Botschaft, dass unsere Aktivitäten sich nicht gegen die Frauen richten, die sich prostituieren (müssen). Eine Vertreibung der Prostituierten in reine Gewerbegebiete oder auf Parkplätze und in Campingwagen ist keine Lösung.

Der Beirat Neustadt hat jetzt einen wegweisenden Beschluss zum Umgang mit Prostitution und Zwangsprostitution in unserer Stadt gefasst, an dem wir mitgearbeitet haben.

**Frage:** Wie stehst du generell zur Thematik Zwangsprostitution?

**Antwort:** Zwangsprostitution bedeutet Menschenhandel, physische und psychische Gewalt. Das ist die Entwürdigung des Menschen zur Ware. Opfer der Zwangsprostitution werden zu Leibeigenen einer Organisation oder Personen gemacht, die

sich durch Erzwingung der Prostitution bereichern. Es ist ein Massengeschäft mit der Angst. Menschenhändler leben wie Parasiten und haben keinen Respekt vor dem Leben anderer Menschen. Über Zwangsprostitution ist immer wieder öffentlich aufzuklären und zu informieren. Auch die Freier müssen für Zwangsprostitution sensibilisiert werden. Es sind Angebote zum Ausstieg zu machen, die den Zwangsprostituierten Schutz auf lange Zeit geben. Der Opferschutz ist dringend verbesserungswürdig. In den Herkunftsländern der Zwangsprostituierten müssen wir Netzwerke von Information und Aufklärung unterstützen. Regionale Wirtschaftsentwicklung und Armutsbekämpfung mit Hilfe der EU-Programme, der UNO und OECD sind zu etablieren.

**Frage:** Wie lässt sich die Lage der Frauen verbessern?

**Antwort:** Die Frauen brauchen Zugang zur Gesundheits- und Sozialversorgung und zum Ausstieg. Das Gesundheitsamt Bremen sollte zum Beispiel besser personell ausgestattet werden. Gleiches gilt für die Beratungs- und Hilfsangebote in der Stadt und im Land Bremen. Den Frauen die Angst vor Repressalien zu nehmen, ist, glaube ich, die schwierigste Aufgabe.

**Frage:** Was kann man grundsätzlich tun?

**Antwort:** Ausbau der Entwicklungshilfe und nicht Rückbau, wie jetzt von Schwarz-Gelb betrieben. Öffentlichkeit herstellen zum Thema Prostitution und Zwangsprostitution weltweit. Bildungsarbeit und internationale Wirtschaftsförderung.

**Und hier bei uns ist es wichtig, nicht wegzuschauen. Zivilcourage ist gefragt.**

## Workshops

Monique Troedel, Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. in der Bremischen Bürgerschaft lud seit 2008 parteiübergreifend Expertinnen und Experten zum Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution zu insgesamt drei Workshops ein. Das Interesse war groß, ein Austausch unter den involvierten Organisationen notwendig, ebenso wie der gemeinsame Wille das Thema an die Öffentlichkeit zu bringen und zu enttabuisieren.

Ziel war es, nach Möglichkeiten zur Verbesserung des Aufenthaltsstatus zu suchen und die Hilfsangebote für die betroffenen Frauen zu optimieren. Es ging darum, die Rechtsansprüche der Zwangsprostituierten zu festigen, die Beratungsstellen mit entsprechendem Personal und Finanzmitteln auszustatten, das Streetworking auszubauen.

ReferentInnen von Frauenrechtsorganisationen, Vertreter der Kriminalpolizei, Justiz, Vertreter der Gewerkschaft der Polizei und Vertreterinnen der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau und zahlreiche Interessierte kamen. Monique Troedel meinte bereits im November 2008: „Wir müssen geschlossen dafür eintreten, dass Gewaltakte gegen Frauen wie auch die strukturelle Geringschätzung von Frauen endlich aufhören. Das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit und Menschenwürde gilt für jeden und jede – egal welcher politischen, religiösen oder ethnischen Herkunft. Dieser Konsens darf in keinem Bereich der Gesellschaft hintergangen werden!“

Die Arbeit der verschiedenen Gruppen, Verbände und Organisationen wurde beschrieben, auch kontrovers diskutiert. Die einen sind eher an der Strafverfolgung der Täter interessiert, die anderen an dem Herausholen der betroffenen Frauen. Da kann es durchaus zu Widersprüchen kommen, aber Sinn dieser Workshops war es ja auch, nach gemeinsamen Wegen zu suchen.

Doch es sind weitere Initiativen nötig. So erklärte Monique Troedel im Februar diesen Jahres anlässlich einer Razzia in der Helenenstraße: „Wenn der Senat nicht umgehend die Notbremse zieht, gerät die Zwangsprostitution im Land Bremen bald komplett außer Kontrolle. Eine Razzia in der Helenenstraße förderte gerade erst zutage, dass dort zahlreiche Frauen, offenbar Opfer von Menschenhandel, ohne Aufenthaltstitel oder sonstigen behördlichen Schutz anschaffen gehen. Diese geballten Verletzungen von Recht und Menschenwürde dürfen nicht toleriert werden. Hier muss dringend etwas geschehen.“

Immer wieder meldet sich Monique Troedel und die Fraktion DIE LINKE. mit Pressemitteilungen zum Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution zu Wort und beteiligt sich aktiv an Bürgerprotesten vor Ort, so in der Essener Straße in der Neustadt. Sie mahnte als zu Beginn dieses Jahres 14 Afrikanerinnen ausgewiesen oder Razzien durchgeführt werden sollten.

Zudem werden Anträge in der Bürgerschaft eingebracht. Auch wenn immer noch viele die Ohren verschlossen halten und die Mahnungen der LINKEN verhallen. Monique Troedel und die Fraktion DIE LINKE. werden weiter kämpfen und die betroffenen Frauen nicht alleine lassen.

## Initiativen der LINKEN

**Im Dezember 2009 stellten Monique Troedel unter Peter Erlanson im Namen der Fraktion DIE LINKE. einen Antrag an die Bürgerschaft, um die Situation von Opfern von Zwangsprostitution und Menschenhandel zu verbessern.**

Frauen, die bereit sind vor Gericht gegen die Zuhälter auszusagen, erhalten das Recht sechs Monate in der Bundesrepublik bleiben zu dürfen. Aber die Frauen brauchen in dieser Zeit eine intensiven Betreuung. Monique Troedel forderte deshalb: „Die Finanzierung der Beratungsstelle muss abgesichert und erhöht werden, damit betroffene Frauen qualifiziert beraten und in ihrer belastenden Situation angemessen begleitet werden können. Damit wird auch die organisierte Kriminalität wirksam bekämpft, denn nur wenn Frauen aussagebereit sind, können die Täter dingfest gemacht werden. Dies ist somit auch im öffentlichen Interesse.“ Und weiter: „Um in dieser Zeit die betroffenen Frauen zu unterstützen, sind verschiedene Sofortmaßnahmen vonnöten. Das betrifft unter anderem die sprachlichen Barrieren, die psychologisch-therapeutische Betreuung und die sie absichernden Unterkunftsmöglichkeiten.“

Konkret hieß es in dem Antrag:  
**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

1. Die Kosten für eine psychologisch-therapeutische Behandlung werden übernommen.
2. Die Opfer bekommen die rechtliche und finanziell abgesicherte Möglichkeit einer Einzelunterkunft.
3. Die Kosten von Deutschkursen werden aus öffentlichen Mitteln übernommen.
4. Die Beratungsstellen werden finanziell so abgesichert, dass eine langfristige Planungssicherheit ermöglicht wird.

In dem Antrag wurde auch auf den globalen Zusammenhang des Problems hingewiesen, denn die Opfer werden von einem Punkt Europas in den anderen verschoben, eher an einen Viehtransport erinnernd als an eine Reise von Menschen. Auf die Bedürfnisse und den Willen der Frauen wird dabei keine Rücksicht genommen. Wichtig sind nur die Millionen hohen Umsätze der Zuhälter und Schlepper.

Anfang dieses Jahres forderte Monique Troedel in einer Pressemitteilung nochmals deutlich „Kontrollen im Bremer Rotlicht-Milieu und einen konzentrierten Einsatz gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel.“

Wörtlich sagte sie: „Wenn der Senat nicht umgehend die Notbremse zieht, gerät die Zwangsprostitution im Land Bremen bald komplett außer Kontrolle. Eine Razzia in der Helenenstraße förderte gerade erst zutage, dass dort zahlreiche Frauen, offenbar Opfer von Menschenhandel, ohne Aufenthaltstitel oder sonstigen behördlichen Schutz anschaffen gehen. Diese geballten Verletzungen von Recht und Menschenwürde dürfen nicht toleriert werden. Hier muss dringend etwas geschehen.“

Insgesamt sei die Problemlage denkbar vielschichtig. Zwangsprostituierte ohne

Aufenthaltstitel hätten keinerlei Handhabe gegen körperliche Gewalt, Demütigung, miserable Arbeits- und Lebensbedingungen und „beschämende Preise“. Halbwegs vertretbare Entlohnungen würden folglich im gesamten Gewerbe unterlaufen; Kriminalitätsdelikte nehmen zu. Dass untragbare Zustände diese Woche in einem Bezirk aufgedeckt worden seien, der im Gegensatz zu den Modell-Wohnungen noch als „öffentlich kontrolliert“ gilt, ist für Monique Troedel „höchst alarmierend“: „Nicht auszudenken, was in unsichtbaren Prostitutionsnischen vor sich geht.“

Dass Menschenhandel und Zwangsprostitution im Bremer Rotlichtmilieu allen Anzeichen nach zunehmen, wird mit den im Zuge der Polizeireform vorgenommenen Personaleinsparungen erklärt. Monique Troedel: „Der personelle Engpass in den zuständigen Abteilungen der Bremer Kriminalpolizei ist schon länger offenkundig. Es war ein großer Fehler,

hier nochmal zu rationalisieren, und die von Illegalität durchsetzte Rotlicht-Szene praktisch sich selbst zu überlassen. Wer nicht will, dass sein Auto geklaut wird, lässt doch auch nicht die Tür offen und den Schlüssel stecken! Genau das ist aber, bildlich gesprochen, durch die Personalkürzungen des Senats passiert.“

Strukturelle Versäumnisse und inoffizielle Aushandlungen ließen sich zu diesem Kriminalitätsbereich auch auf Ebene der Rechtsprechung beobachten. Monique Troedel: „Es geht nicht, dass die ohnehin seltenen Gerichtsprozesse dazu nur halbherzig durchgeführt oder über Jahre hinweg vertagt werden. DIE LINKE fordert, dass die verschiedenen Rechts-, Präventions- und Strafbereiche endlich das Geld und das politische Signal erhalten, um gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel im Rahmen einer gemeinsamen Strategie vorzugehen.“

## DIE LINKE. fordert

für die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution:

- Bleiberecht
- Gewährung von Asyl
- Wirksame Eingliederungsmaßnahmen
- Schaffung von beruflichen Perspektiven
- Begleitung zu den Behörden und vor Gericht durch DolmetscherInnen
- Intensive psycho-soziale Betreuung
- Ausreichenden und sicheren Opferschutz
- Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der helfenden Organisationen und Institutionen

Zumeist wirtschaftliche Verhältnisse zwingen Frauen in Situationen, die menschenunwürdig sind, deshalb wird DIE LINKE. sich auch künftig für sie einsetzen und die oben genannten Forderungen mit Vehemenz vertreten.

## Danksagung

Unser Dank gilt all jenen Menschen, ohne die diese Broschüre nicht hätte hergestellt werden können, insbesondere den MitarbeiterInnen des Kommissariats 44 der Kripo Bremen, dort ganz besonders Gregor Weisner; den Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes, Susanne Coors und Stephanie Bergmiller; Petra Wulf-Lengner, der Leiterin der Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution des Vereins der Inneren Mission in Bremen (BBMeZ) sowie ihren Mitarbeiterinnen; Dank gebührt auch Julia von Lengerke, der hauptamtlichen Mitarbeiterin von Nitribitt, sowie der Psychologin Edelgart Quensel und Ulrike Hauffe von der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, Dank auch den Mitarbeitern des Senators für Inneres für die fachlichen Ausführungen zum Thema. Thea Kleinert, der Beirätin in der Neustadt gilt unser Dank für ihren Beitrag und dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative „Essener Straße“, Mathias Pasdzior. Auch Mitra Razavi von „De Colores“ danken wir auf diesem Wege für ihren Beitrag. Bedanken möchten wir uns auch bei all jenen, die ihre Namen nicht nennen konnten, weil die Gefahr, die damit verbunden ist, zu groß ist.

Ein ganz besonderer Dank gilt aber Anna, die den Mut aufbrachte, über ihr Leben zu berichten und sich damit der eigenen Vergangenheit stellte.

**Monique Troedel**, Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. in der Bremischen Bürgerschaft

## Wichtige Adressen:

### Bremen

- **Notruf für vergewaltigte Mädchen und Frauen:**  
Am Barkhof 32  
28209 Bremen  
Telefon: 0421 15181
- **Nitribitt e.V.**  
Stader Str. 1  
28205 Bremen  
Telefon: 0421 448662
- **ZGF- Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau:**  
Telefon: 0421 3613133
- **STD-Beratungsstelle**  
Horner Str. 60-70  
28203 Bremen  
Telefon: 0421 36115121
- **Pro Familia**  
Beratungsstelle  
Holleralle 24  
28209 Bremen  
Telefon: 0421 3406030
- **Ausländerbehörde**  
Pfalzburger Straße 69  
28207 Bremen  
Telefon: 0421 36115275 + 0421 36115004
- **BBMEZ**  
Beratungsstellen/Betreuungsverein/  
Anziehungspunkt  
Telefon: 0421 349 6718
- **Polizei Notruf: 110**

### Bremerhaven

- **Frauenhaus**  
Telefon: 0471 83001
- **AIDS Beratungsstelle und Beratungsstelle bei sexuell übertragbaren Erkrankungen**  
Wurster Straße 49, Erdgeschoss, 27580  
Bremerhaven
- **ZGF- Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau:**  
Telefon: 0471 59613823
- **Polizei Notruf: 110**

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zu Parteienwerbung und Wahlkampfzwecken verwendet werden.

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen  
Telefon: 0421 205297-0  
Telefax: 0421 205297-10  
www.linksfraktion-bremen.de  
mail@linksfraktion-bremen.de  
Redaktion: Sabine Bomeier  
Titelfoto: Michael Horn  
V.i.S.d.P.: Leo Schmitt

